Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2985

13. 11. 95

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

A. Zielsetzung

Der Vertrag soll die Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen schaffen.

B. Lösung

Der Vertrag sieht die Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen insbesondere zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften der beiden Staaten vor.

Gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf es eines Vertragsgesetzes als Voraussetzung für die Ratifikation.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Eine enge und wirksame Zusammenarbeit der Zollverwaltungen wird in verschiedenen Arbeitsbereichen der Bundeszollverwaltung einen nicht quantifizierbaren Personalmehrbedarf und der Höhe nach nicht festlegbare zusätzliche sächliche Ausgaben zur Folge haben. Der Mehrbedarf wird jedoch im Rahmen des zur Verfügung stehenden Personals und der zugewiesenen Haushaltsmittel aufgefangen werden und damit keine zusätzlichen Ausgaben verursachen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (432) – 653 04 – Zo 202/95

Bonn, den 10. November 1995

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 690. Sitzung am 3. November 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Furth i. Wald am 19. Mai 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet, da Gegenstand des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik ausschließlich die Förderung der beiderseitigen Zusammenarbeit ist.

Aufgrund der verbesserten Zusammenarbeit ist grundsätzlich tendenziell mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sind aber zahlenmäßig auf Einzelfälle beschränkt und vom Umfang her gemessen am Steueraufkommen im gesamten grenzüberschreitenden Verkehr so gering, daß davon keine spürbaren Veränderungen des Nachfrageverhaltens und insoweit auch keine meßbaren preislichen Auswirkungen ausgelöst werden.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o vzájemné pomoci celních správ

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

auf der Grundlage des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in der Absicht, die nachbarlichen Beziehungen auch durch eine enge Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten zu entwickeln und zu verstärken,

in dem Bestreben, durch eine Zusammenarbeit beider Zollverwaltungen den Reise- und Warenverkehr über die Staatsgrenzen zu erleichtem und zu beschleunigen,

in der Erwägung, daß Zollzuwiderhandlungen die wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen beeinträchtigen und

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollbestimmungen und die Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen durch die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erfolgreicher entwickelt werden können –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien leisten sich gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach diesem Vertrag, um

a) den grenzüberschreitenden Reise- und Warenverkehr durch die Zusammenarbeit zu erleichtern und zu beschleunigen;

b) eine genaue Erhebung der Zölle, Steuern und der sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben sicherzustellen;

c) Zollzuwiderhandlungen zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen.

(2) Der Vertrag läßt die Zusammenarbeit im Rahmen der justitiellen Rechtshilfe sowie aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen unberührt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) „Zollbestimmungen" im Sinne dieses Vertrags sind alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, die sich auf Zölle, Steuern oder alle sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben, auf Erstattungen oder Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des Warenverkehrs über die Grenzen beziehen.

Spolková republika Německo

a

Česká republika

na základě Smlouvy ze dne 27. února 1992 mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci,

vedeny úmyslem rozvíjet a upevňovat sousedské vztahy i cestou těsné spolupráce v celních záležitostech,

v úsilí usnadňovat a urychlovat cestovní a zbožový styk přes státní hranice spoluprací obou celních správ,

vedeny úvahou, že porušování celních předpisů je na újmu ekonomických a finančních zájmů, a

v přesvědčení, že dodržování celních předpisů a potírání porušování celních předpisů lze vzájemnou spoluprací celních správ úspěšněji rozvíjet

se dohodly takto:

Článek 1

Rozsah použití

(1) Celní správy obou smluvních stran si v rámci svých působností podle vnitrostátních právních předpisů vzájemně poskytují podporu podle této smlouvy s cílem:

a) usnadnit a urychlit cestou spolupráce cestovní a zbožový styk přes státní hranice;

b) zajistit přesné vybírání cel, daní a ostatních dovozních a vývozních dávek;

c) zabraňovat porušování celních předpisů, zjišťovat a potírat je.

(2) Spolupráce v rámci právní pomoci, jakož i na základě jiných smluvních závazků zůstává touto smlouvou nedotčena.

Článek 2

Vymezení pojmů

(1) „Celními předpisu" ve smyslu této smlouvy se rozumějí všechny právní a správní předpisy o dovozu, vývozu a tranzitu zboží, týkající se cel, daní nebo jiných dovozních a vývozních dávek, náhrad nebo zákazů, omezení a kontrol zbožového styku přes státní hranice.

(2) „Zollverwaltungen" im Sinne dieses Vertrags sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Tschechischen Republik das Ministerium für Finanzen – Generaldirektion für Zölle –.

(3) „Zollzuwiderhandlungen" im Sinne dieses Vertrags sind sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollbestimmungen.

(4) „Suchtstoffe" im Sinne dieses Vertrags sind die Stoffe, die unter das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

(5) „Psychotrope Stoffe" im Sinne dieses Vertrags sind Stoffe, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

Artikel 3

Erleichterung der Zollformalitäten

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags zusammen und treffen im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Reise- und Warenverkehr zwischen beiden Seiten zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Zuständigkeiten der Europäischen Union bleiben unberührt.

Artikel 4

Erteilung von Bescheinigungen, Erfahrungsaustausch

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt worden sind; in den Bescheinigungen werden erforderlichenfalls Art und Daten des Zollverfahrens angegeben, zu dem die Waren abgefertigt worden sind.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend sind.

(3) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien

a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zollzuwiderhandlungen aus;

b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollbestimmungen sowie die Anwendung technischer Hilfsmittel durch ihre Zollverwaltungen und erörtern andere Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5

Bekämpfung des Schmuggels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen auch ohne Ersuchen so schnell wie möglich alle Informationen über

a) Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Schmuggel von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befassen;

b) Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Schmuggel von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auch unaufgefordert alle Informationen über die beim

(2) „Celními správami" se ve smyslu této smlouvy rozumí ve Spolkové republice Německo Spolková celní správa a v České republice Ministerstvo financí – Generální ředitelství cel.

(3) „Porušováním celních předpisů" ve smyslu této smlouvy se rozumí jak porušování celních předpisů, tak i pokusy o jejich porušování.

(4) „Omamnými látkami" jsou ve smyslu této smlouvy látky spadající pod Jednotnou úmluvu o omamných látkách, podepsanou v New Yorku dne 30. března 1961, vždy v příslušném platném znění.

(5) „Psychotropními látkami" jsou ve smyslu této smlouvy látky spadající pod Úmluvu o psychotropních látkách, podepsanou ve Vídni dne 21. února 1971, vždy v příslušném platném znění.

Článek 3

Usnadnění celních formalit

Celní správy smluvních stran podle ustanovení této smlouvy spolupracují a činí v rámci vnitrostátních právních předpisů po vzájemné dohodě potřebná opatření s cílem zjednodušit celní formality, a tím usnadnit a urychlit cestovní a zbožový styk mezi oběma stranami. Kompetence Evropské unie zůstávají nedotčeny.

Článek 4

Poskytování potvrzení, výměna zkušeností

(1) Celní správy smluvních stran si na dožádání vzájemně poskytují všechna potvrzení, jimiž se dokládá, že zboží vyvážené z výsostného území jedné smluvní strany bylo řádně dovezeno na výsostné území druhé smluvní strany; v potvrzeních se v případě potřeby uvádí způsob a údaje o celním řízení, v jehož rámci bylo zboží projednáno.

(2) Celní správy smluvních stran si na dožádání vzájemně poskytují informace o tom, zda jsou listiny a písemnosti předkládané celním orgánům pravé a obsahově správné.

(3) Celní správy smluvních stran

a) si vyměňují zkušenosti o své činnosti, jakož i o nových prostředcích a metodách při porušování celních předpisů,

b) se vzájemně informují o podstatných změnách svých celních předpisů a o používání technických prostředků svými celními správami a projednávají další otázky oboustranného zájmu.

Článek 5

Potírání podloudnictví s omamnými a psychostropními látkami

(1) Celní správy smluvních stran si pro zintenzivnění zabraňování, zjišťování a potírání případů pašování a nelegálního obchodu s omamnými a psychotrpními látkami vzájmně i bez dožádání poskytují co nejrychleji veškeré informace o

a) osobách, o nichž je známo nebo které jsou podezřelé z toho že se zabývají pašováním omamných a psychotropních látek,

b) prostředcích pozemní, vodní a letecké dopravy, o nichž je známo nebo které jsou v podezření, že jsou využívány k pasování omamných a psychotropních látek.

(2) Celní správy smluvních stran si vzájemně i bez vyzvání poskytují veškeré informace o metodách pašování a postupech,

illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Schmuggelmethoden und -verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen, Mitteilungen und Schriftstücke sollen, soweit erforderlich, an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden.

Artikel 6

Erteilung von Auskünften

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen, insbesondere durch Übersenden von Berichten, Niederschriften oder beglaubigten Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte über

a) Umstände, die geeignet sind, die genaue Erhebung der Zölle, Steuern und sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben sowie die Einhaltung der Zollbestimmungen sicherzustellen;

b) vollendete oder geplante Handlungen, die gegen die Zollbestimmungen des ersuchenden Vertragstaats verstoßen oder zu verstoßen scheinen.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auch unaufgefordert so schnell wie möglich alle Informationen hinsichtlich der Zollzuwiderhandlungen, an deren Bekämpfung ein besonders starkes allgemeines Interesse besteht.

Artikel 7

Zustellung oder Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Empfänger alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Entscheidungen und weiteren Schriftstücke der ersuchenden Zollbehörden zustellen oder bekanntgeben.

(2) In einem Ersuchen um Zustellung oder Bekanntgabe von Entscheidungen oder anderen Schriftstücken ist abweichend von Artikel 9 eine Sachverhaltsdarstellung entbehrlich.

(3) Die Zustellung oder Bekanntgabe einer Entscheidung oder anderer Schriftstücke wird durch eine mit der Angabe des Zustellungstags oder Bekanntgabetags versehenen Empfangsbestätigung des Empfängers oder durch eine Bescheinigung der ersuchten Behörde über die Form und die Zeit der Zustellung oder Bekanntgabe nachgewiesen.

Artikel 8

Ermittlungen

(1) Auf Ersuchen der Zollverwaltung einer Vertragspartei führt die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei in Verfahren nach Artikel 1 Buchstaben b und c Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch.

(2) Das Ergebnis der Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen wird der ersuchenden Zollverwaltung entsprechend Artikel 6 Absatz 1 mitgeteilt.

Artikel 9

Form und Inhalt der Ersuchen

(1) Ersuchen sind schriftlich zu stellen, wobei eine Übersetzung in der Amtssprache der ersuchten Seite möglichst beizufügen ist. Die zur Durchführung des Ersuchens erforderlichen Schriftstücke einschließlich etwaiger ihm zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Behörde sind in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Ablichtung beizufügen.

používaných při nelegálním obchodu s omamnými a psychotropními látkami, jakož i o úspěších nových kontrolních metod.

(3) Informace, sdělení a písemnosti získané podle odstavců 1 a 2, se předávají, pokud je to nutné, dalším orgánům činným v trestním řízení, které se zabývají potíráním narkománie a nelegálního obchodu s omamnými a psychotropními látkami.

Článek 6

Poskytování informací

(1) Celní správy smluvních stran si vzájemně na dožádání – zvláště zasíláním zpráv, zápisů nebo ověřených kopií písemností a jiných podkladů – poskytují veškeré dostupné informace o

a) okolnostech, sloužících k zajištění přesného vybírání cla, daní a jiných dovozních a vývozních dávek a k dodržování celních předpisů;

b) dokonaných nebo zamýšlených činech, porušujících celní předpisy nebo směřujících k porušování celních předpisů dožadující smluvní strany.

(2) Celní správy smluvních stran si vzájemně i bez vyzvání poskytují co nejrychleji veškeré informace o porušování těch celních předpisů, na jejichž potírání je zvláště naléhavý veřejný zájem.

Článek 7

Doručování nebo oznamování písemností

(1) Na dožádání celní správy jedné smluvní strany doručí nebo oznámí celní správa druhé smluvní strany při dodržení platných právních předpisů příjemci veškerá rozhodnutí a další písemnosti dožadujících celních orgánů, týkající se uplatňování celních předpisů.

(2) Při dožádání o doručení nebo oznámení rozhodnutí nebo dalších písemností není na rozdíl od článku 9 nutné vylíčení skutkové podstaty.

(3) Doručení nebo oznámení rozhodnutí nebo dalších písemností se potvrdí potvrzenkou o přijetí příjemcem s uvedením data doručení nebo oznámení nebo potvrzením dožádaného orgánu o formě a datu doručení nebo oznámení.

Článek 8

Vyšetřování

(1) Na dožádání celní správy jedné smluvní strany provádí celní správa druhé smluvní strany přezkoumání, zjišťování nebo vyšetřování podle postupů uvedených v článku 1, písmena b) a c).

(2) Výsledek přezkoumání, zjišťování a vyšetřování je sdělován dožadující celní správě podle článku 6, odstavec 1.

Článek 9

Forma a obsah dožádání

(1) Dožádání je třeba podat písemně, přičemž je podle možnosti třeba přiložit překlad do úředního jazyka dožádané strany. Písemnosti potřebné k jeho provedení včetně případných zásadních nařízení nebo rozhodnutí příslušného orgánu, které jsou základem dožádání, je třeba připojit v originálním vyhotovení nebo v ověřené kopii.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

a) die Zollbehörde, bei der das dem Ersuchen zugrunde liegende Verfahren anhängig ist;

b) die Art des Verfahrens;

c) den Gegenstand und den Grund des Ersuchens;

d) Namen, Personendaten und Anschriften der am Verfahren Beteiligten;

e) eine kurze Sachverhaltsdarstellung mit rechtlicher Würdigung.

Artikel 10

Geschäftsweg und Zuständigkeit

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so leitet sie das Ersuchen mit Zustimmung der ersuchenden Zollverwaltung an die zuständige Behörde weiter.

Artikel 11

Erledigung des Ersuchens

(1) Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und bei der Erledigung der Ersuchen werden die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei angewandt. Dabei gilt die Übermittlung von Kopien von Schriftstücken und von sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

(2) Soweit dem Ersuchen nicht entsprochen werden kann, ist die ersuchende Behörde hiervon unter Angabe der Gründe und der sonst bekanntgewordenen Umstände, die für die Weiterführung der Sache von Bedeutung sein könnten, zu benachrichtigen.

Artikel 12

Verwendung der erteilten Auskünfte

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien dürfen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und Schriftstücke ausschließlich in internen Verfahren der Zollbehörden sowie in Gerichtsverfahren, einschließlich der Verfahren, die von der Staatsanwaltschaft oder unter ihrer Aufsicht geführt werden, als Beweismittel benutzen. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach innerstaatlichem Recht.

Artikel 13

Datenschutz

Sofern auf der Grundlage dieses Vertrags in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten nachfolgende Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Zollverwaltung vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Zollverwaltung auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Zollbehörden sowie an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung erfolgen.

(2) Dožádání nebo písemnosti podle odstavce 1, které je nutno připojit, obsahují tyto údaje:

a) celní úřad zahajující řízení, které je předmětem dožádání;

b) druh řízení;

c) předmět a důvod dožádání;

d) jména, osobní údaje a adresy osob zúčastněných na řízení;

e) stručné vylíčení skutkové podstaty s jejím právním posouzením.

Článek 10

Jednání orgánů a příslušnost

(1) K pomoci, která je předmětem této smlouvy, dochází bezprostředně mezi celními správami smluvních stran.

(2) Není-li dožádaná celní správa pro vyžádanou pomoc příslušná, postupuje dožádání příslušnému orgánu se souhlasem dožadující celní správy.

Článek 11

Vyřizování dožádání

(1) Při realizaci podpůrných opatření a vyřizování dožádání se používají právní předpisy dožádané smluvní strany. Přitom jedním ze způsobů poskytování informací je předávání kopií písemností a dalších podkladů. Při přezkoumávání a vyšetřování postupuje dožádaná celní správa – bez donucovacích opatření jako zabavování a prohlídky – tak, jako by plnila vlastní úkoly.

(2) Nelze-li dožádání vyhovět, je třeba dožadující orgán o tom s uvedeím důvodů a jinak známých okolností, které by pro pokračování v dané věci mohly mít význam, vyrozumět.

Článek 12

Používání poskytnutých informací

Celní správy smluvních stran smějí používat informace a písemnosti získané podle této smlouvy jako důkazní postředky výlučně ve vnitřním řízení celních orgánů, jakož i při soudním řízení včetně řízení vedených státním zastupitelstvím nebo pod jeho dohledem. Důkazní hodnota těchto informací a písemností, jakož i jejich využití před soudem se řídí vnitrostátními právními předpisy.

Článek 13

Ochrana údajů

Pokud jsou na základě této smlouvy v souladu s vnitrostátními právními předpisy předávány osobní údaje, platí dále uvedená ustanovení:

1. Použití údajů příjemcem je přípustné jen k uvedenému účelu a za podmínek stanovených předávající celní správou.
2. Příjemce informuje předávající celní správu na její žádost o použití předaných údajů a o výsledcích tím získaných.
3. Osobní údaje se smějí předávat výlučně příslušným celním orgánům, jakož i orgánům činným v trestním řízení. Další předávání jiným místům se smí uskutečnit jen s předchozím souhlasem předávající celní správy.

4. Die übermittelnde Zollverwaltung ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von der die Auskunft beantragt wird.

6. Die übermittelnde Zollverwaltung weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.

7. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.

8. Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

4. Předávající celní správa je povinna dbát na správnost údajů, jež mají být předány, jakož i na jejich potřebnost a úměrnost ve vztahu ke sledovanému účelu předání. Přitom je třeba respektovat zákazy pro předávání údajů stanovené příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, která nesměly být předány, je třeba to příjemci neprodleně sdělit. Ten je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit.

5. Dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích k ní existujících, jakož i informaci o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost k jejímu poskytnutí není dána, jestliže se po uvážení ukáže, že veřejný zájem na neposkytnutí takovéto informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Jinak se řídí právo dotčené osoby na poskytnutí informací o údajích k ní existujících vnitrostátními právními předpisy té smluvní strany, od které je informace vyžadována.

6. Předávající celní správa upozorní při předání údajů na lhůty stanovené jejími právními předpisy pro výmaz těchto údajů. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané osobní údaje zničit, jakmile pomine důvod jejich potřeby.

7. Bude-li osoba v důsledku předání údajů v rámci výměny podle této smlouvy poškozena protiprávním jednáním, odpovědnost za škodu nese přijímající smluvní strana podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže odvolávat na to, že škoda byla způsobena předávající smluvní stranou.

8. Celní správy smluvních stran jsou povinny zanést předání a, příjem osobních údajů do evidence a předané osobní údaje účinně chránit před neoprávněným přístupem k nim, jejich neoprávněnými změnami a neoprávněným poskytnutím.

Artikel 14

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Unterstützung

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen ihres Staates zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

(2) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Der ersuchten Zollverwaltung steht es frei, einem derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Článek 14

Výjimky z povinnosti poskytnout pomoc

(1) Je-li dožádaná celní správa toho názoru, že vyřízení dožádání by mohlo být na újmu suverenity, bezpečnosti, veřejného pořádku nebo jiných podstatných zájmů jejího státu, může pomoc zcela nebo částečně odepřít, anebo ji vázat na dodržení určitých podmínek.

(2) Je-li podáno dožádání o pomoc, kterou by dožadující celní správa v opačném případě nemohla poskytnout, je na to třeba v dožádání upozornit. Dožádaná celní správa může zvážit, zda takovému dožádání vyhoví.

Artikel 15

Kosten

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erstatten sich gegenseitig keine Kosten, mit Ausnahme der Kosten für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

Článek 15

Náklady

Celní správy smluvních stran si vzájemně neúčtují náklady s výjimkou nákladů za svědky a znalce, jakož i za překladatele a tlumočníky, kteří nejsou zaměstnanci státní správy.

Artikel 16

Durchführung des Vertrags

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien verhandeln und erlassen die zur Anwendung dieses Vertrags erforderlichen Durchführungsbestimmungen. Darin wird auch einvernehmlich festgelegt, hinsichtlich welcher Auskünfte nach Artikel 6 Absatz 2 ein besonders starkes allgemeines Interesse besteht.

Článek 16

Provádění smlouvy

Celní správy smluvních stran sjednají a vydají prováděcí předpisy k této smlouvě. V nich také bude po vzájemné dohodě stanoveno, o které informace podle čl. 6 odst. 2 je zvláště naléhavý veřejný zájem.

Artikel 17

Inkrafttreten, Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags erfüllt sind.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich gekündigt werden.

Článek 17

Nabytí a doba platnosti, vypovězení

(1) Tato smlouva vstoupí v platnost jeden měsíc po dni, ve kterém si vlády smluvních stran vzájemně sdělí, že všechny potřebné vnitrostátní předpoklady pro vstup smlouvy v platnost byly splněny.

(2) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Smlouva může být vypovězena každou smluvní stranou písemně ve lhůtě dvanácti měsíců.

Geschehen zu Furth i. Wald am 19. Mai 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno ve Furth im Wald dne 19. května 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Theo Waigel
Hartmut Hillgenberg

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Ivan Kočárník

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Mit dem in die Wege geleiteten Übergang zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung in Mittel- und Osteuropa wachsen die wirtschaftlichen Verflechtungen auch im Verhältnis zu diesen Staaten. Damit verbunden ist ein stetig zunehmender zwischenstaatlicher Warenaustausch, zu dessen Vereinfachung und Beschleunigung bereits wesentliche Erleichterungen bei der Grenzabfertigung eingeführt wurden und weitere folgen werden. Diese Entwicklung erfordert im Interesse der am Außenhandel Beteiligten und ihrer Staaten eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Zollverwaltungen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik sind Mitglieder des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens – Weltzollorganisation – (vgl. BGBl. 1952 II S. 1, 19; 1953 II S. 1; 1966 II S. 249 und 1993 II S. 262) und arbeiten in diesem Rahmen bereits zusammen. Die Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung bei der Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen und der Zusammenarbeit in anderen Zollangelegenheiten in Anwendung der Empfehlungen der Weltzollorganisation sind wegen der Vielzahl der Mitgliedstaaten (zur Zeit 111) und deren unterschiedlicher Rechtsordnungen aber sehr eingeschränkt. Eine weitergehende Grundlage für die Zusammenarbeit stellt das am 1. Februar 1995 in Kraft getretene Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits (sogen. Gemischtes Abkommen) und der Tschechischen Republik andererseits (vgl. ABl. EG Nr. L 360/S. 1 vom 31. 12. 1994) dar, dem ein Protokoll Nr. 6 über Amtshilfe im Zollbereich angefügt ist. Im Hinblick auf die gemeinsame Grenze, bei der es sich gleichzeitig um die Außengrenze der Europäischen Union handelt, ist eine darüber hinaus gehende besonders enge Zusammenarbeit der deutschen und der tschechischen Zollverwaltung notwendig. Insbesondere ist im Interesse einer schnellen und effektiven Bekämpfung des Schmuggels auch eine direkte Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene anzustreben. Insoweit ist eine ergänzende, bilaterale Übereinkunft zu dem vorgenannten Protokoll Nr. 6 erforderlich.

Grundlage für die Erhebung von Zöllen und anderen Ein- und Ausfuhrabgaben, für die Erstattungen nach den Marktordnungsvorschriften sowie für die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren an den Außengrenzen der Europäischen Union bilden die Angaben des Anmeldepflichtigen. Die Richtigkeit dieser Angaben kann im innerstaatlichen Bereich häufig nicht wirksam überprüft werden. Ohne eine enge Zusammenarbeit der Zollverwaltungen wären zum Beispiel zuverlässige Ermittlungen des Ursprungs, des Transportweges, des Wertes, der Beschaffenheit von eingeführten Waren oder des Verbleibs von ausgeführten Waren vielfach nicht durchführbar. Dies würde in erster Linie internationalen Gesetzesbrechern zugute kommen, die als Intelligenztäter bei ihren illegalen zwischenstaatlichen Warengeschäften meist normale Geschäfts- und Verkehrswege benutzen, dabei aber die Zollverwaltungen durch Falschanmeldungen verschiedenster Art zu täuschen versuchen. Hierzu werden nicht selten ge- oder verfälschte Urkunden, Rechnungen und andere Unterlagen vorgelegt oder zeit- und kostenaufwendige Transportumwege über mehrere Staaten gewählt, um die tatsächliche Herkunft oder den Verbleib von Waren und andere relevante Umstände zu verschleiern und dadurch eine Aufklärung des Sachverhalts zu verhindern. Ziel der gegenseitigen Unterstützung der Zollverwaltungen ist deshalb, die genaue Erhebung der Zölle und sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben sowie die Einhaltung der Zollbestimmungen sicherzustellen. Es soll ermöglicht werden, Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen auch jenseits der Außengrenzen der Europäischen Union wirksamer verhindern, ermitteln und verfolgen zu können. Die Zusammenarbeit dient nicht nur fiskalischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, sondern zugleich den berechtigten Belangen der Wirtschaft und Landwirtschaft, weil illegale Ein- und Ausfuhren geeignet sind, den legalen Wettbewerb zu beeinträchtigen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb bereits eine Anzahl von vertraglichen Vereinbarungen geschlossen, um eine wirksame Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu ermöglichen:

a) das Übereinkommen vom 7. September 1967 zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1969 II S. 65), dem das Königreich Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Griechenland, Portugal und Spanien beigetreten sind,

b) die Verträge vom 11. September 1970 und 12. Dezember 1979 mit Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolangelegenheiten (BGBl. 1971 II S. 1001; 1980 II S. 1244),

c) die Verträge vom 18. Dezember 1972 und 31. Oktober 1975 mit Schweden über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1973 II S. 1241; 1976 II S. 1671),

d) den Vertrag vom 23. August 1973 mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1975 II S. 445),

e) den Vertrag vom 2. April 1974 mit Jugoslawien über die gegenseitige Unterstützung zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften (BGBl. 1975 II S. 409),

f) den Vertrag vom 11. Juli 1974 mit Norwegen über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1975 II S. 757),

g) den Vertrag vom 16. Mai 1975 mit Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1976 II S. 545),

h) den Vertrag vom 11. Oktober 1977 mit Island über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (BGBl. 1978 II S. 853),

i) den Vertrag vom 10. September 1984 mit Kanada über die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit ihrer Zollverwaltungen (BGBl. 1985 II S. 826),

j) den Vertrag vom 18. Dezember 1991 mit Ungarn über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (BGBl. 1993 II S. 115),

k) den Vertrag vom 29. Juli 1992 mit Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (BGBl. 1994 II S. 93),

l) den Vertrag vom 16. Dezember 1992 mit der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (BGBl. 1994 II S. 1052; Ratifizierung steht noch aus).

Nach vorhergehenden Kontaktgesprächen fanden im Oktober 1990 in Prag und im Juli 1991 in Passau erste Verhandlungen über eine vertragliche Regelung der gegenseitigen Unterstützung mit der ehemaligen Tschechoslowakei statt. Diese Verhandlungen wurden im März 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei mit der tschechischen Zollverwaltung in Potsdam fortgesetzt. Dabei stimmten die deutsche und die tschechische Seite darin überein, daß eine enge und effektive Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik anzustreben ist, besonders zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, an der beide Staaten zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Volksgesundheit ein elementares Interesse haben. Um eine ausreichende Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung zu schaffen, war der Abschluß eines Vertrags notwendig. Der Vertrag wurde am 19. Mai 1995 in Furth i. Wald unterzeichnet.

Die in dem Vertrag getroffenen Vereinbarungen entsprechen weitgehend den in den vorerwähnten Übereinkünften getroffenen Regelungen. Regelungen über die Vollstreckung und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen (wie zum Beispiel Durchsuchungen und Beschlagnahmen) wurden nicht für erforderlich gehalten. Bei den Vertragsverhandlungen bestand Einvernehmen darüber, daß der Vertrag nicht die justizielle Rechtshilfe umfaßt.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Hier wird der Anwendungsbereich des Vertrags bestimmt.

Nach Absatz 1 werden sich die Vertragsparteien gegenseitig nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags über ihre Zollverwaltungen Unterstützung leisten. Die innerstaatliche Zuständigkeit der Zollverwaltung wird dadurch nicht erweitert.

Ferner werden die Bereiche aufgeführt, in denen im Rahmen dieses Vertrags Unterstützung zu leisten ist. Es ist dies zunächst der Bereich der Erleichterung und Beschleunigung der Grenzabfertigung. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß insoweit grundsätzlich die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft gegeben ist (vgl. hierzu Artikel 3 Satz 2), so daß Fragen der Grenzabfertigung weitgehend im Einvernehmen mit der Europäischen Gemeinschaft zu regeln sein werden. Die übrigen Bereiche der Unterstützung betreffen Ermittlungs-, Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der Tarifierung, Bewertung und anderen für die Anwendung der Zollbestimmungen wesentlichen Merkmalen sowie Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen, soweit die Zollverwaltung dafür zuständig ist.

Absatz 2 stellt klar, daß die Zusammenarbeit aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen unberührt bleibt. Dies gilt zum Beispiel für das Gebiet der Rechtshilfe in Strafsachen, die bei Justizbehörden anhängig sind.

Zu Artikel 2

Diese Bestimmung enthält Definitionen.

In Absatz 1 ist der Begriff „Zollbestimmungen" im Sinne des Vertrags erläutert. „Zollbestimmungen" sind danach alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren über nationale Grenzen sowie alle sonstigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die von der jeweiligen Zollverwaltung durchgesetzt oder ausgeführt werden. Dies sind vor allem die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf Zölle, Steuern oder alle sonstigen Abgaben oder Erstattungen oder Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs beziehen. Dazu gehören auch die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bestimmungen über Abschöpfungen und Erstattungen bei der Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen, für die gemeinsame Marktorganisationen oder Regelungen zur Ergänzung oder Sicherung solcher Marktorganisationen bestehen. Ferner gehören hierher eine Vielzahl von Gesetzen nichtfiskalischer Art, die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren enthalten, sowie die Vorschriften über strafrechtliche Verbringungsverbote und Verbringungsverbote aus Staatsschutzgründen.

In Absatz 2 wird festgestellt, daß Zollverwaltungen im Sinne des Vertrags in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Tschechischen Republik das Ministerium für Finanzen – Generaldirektion für Zölle – sind.

Nach Absatz 3 ist eine „Zollzuwiderhandlung" im Sinne des Vertrags jeder Verstoß oder versuchte Verstoß gegen die Zollbestimmungen.

In den Absätzen 4 und 5 wird festgelegt, welche Suchtstoffe und psychotrope Stoffe von dem Anwendungsbereich des Vertrags erfaßt werden.

Zu Artikel 3

Die hier vorgesehene Zusammenarbeit zur Erleichterung und Beschleunigung des Warenverkehrs setzt das gegenseitige Einvernehmen voraus. Dadurch und durch den Hinweis auf die Zuständigkeiten der Europäischen Union ist sichergestellt, daß insbesondere die Maßnahmen auf dem Gebiet der Vereinfachung von Zollformalitäten nicht im Widerspruch zum Recht der Europäischen Gemeinschaften getroffen werden können.

Zu Artikel 4

Absatz 1 regelt die Erteilung von Bescheinigungen. Bei der Ausfuhr von Waren werden häufig Erstattungen oder Vergünstigungen unter bestimmten Auflagen gewährt (zum Beispiel Erstattungen bei der Ausfuhr von Marktordnungswaren in vorgeschriebene Länder, Verbleib von ausfuhrgenehmigungspflichtigen hochtechnologischen Erzeugnissen). Zweifel, ob solche Waren tatsächlich im anderen

Vertragstaat eingeführt worden und auch verblieben sind, können dadurch beseitigt werden, daß die ordnungsgemäße Einfuhr auf Ersuchen bestätigt wird.

Gemäß Absatz 2 unterrichten sich die Zollverwaltungen außerdem auf Ersuchen darüber, ob die zur Zollabfertigung vorgelegten Belege (zum Beispiel Ursprungszeugnisse) der anderen Vertragspartei echt und inhaltlich zutreffend sind.

Um Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen erfolgreich verhindern, ermitteln und verfolgen sowie Verwaltungsabläufe so effektiv wie möglich gestalten zu können, sieht Absatz 3 vor, daß sich die Zollverwaltungen über neue Mittel und Methoden bei der Begehung von Zollzuwiderhandlungen sowie über wesentliche Änderungen ihrer Zollbestimmungen und die Anwendung von technischen Hilfsmitteln unterrichten.

Zu Artikel 5

An der Bekämpfung des Schmuggels und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen besteht ein besonders starkes Interesse. Demzufolge ist in den Absätzen 1 und 2 im wesentlichen vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien auch unaufgefordert alle Auskünfte (Spontaninformationen) über Personen und Beförderungsmittel sowie über die im Zusammenhang mit dem Rauschgiftschmuggel gewonnenen Erfahrungen mitteilen, die für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von Interesse sein könnten.

Um eine uneingeschränkte Auswertung der in diesem Bereich erhaltenen Informationen zu ermöglichen, sieht Absatz 3 vor, daß die erlangten Erkenntnisse an alle mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie auch die übrigen mit der Rauschgiftproblematik befaßten Verwaltungen (zum Beispiel Polizei, Gesundheitsbehörden u. a.) weitergegeben werden dürfen. Nationale Geheimhaltungsvorschriften (wie zum Beispiel das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung) werden damit ausgeräumt, weil eine erfolgreiche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität nur durch ein enges Zusammenwirken aller damit befaßten Verwaltungen möglich ist.

Zu Artikel 6

Um die Einhaltung der Zollbestimmungen insgesamt sicherzustellen und um Zuwiderhandlungen gegen die Zollbestimmungen soweit wie möglich ermitteln, verhindern und verfolgen zu können, erteilen sich die Zollverwaltungen nach Absatz 1 unter Beifügung der in Betracht kommenden Unterlagen alle sachdienlichen Auskünfte.

An der Bekämpfung des Schmuggels und illegalen Handels mit bestimmten Waren (insbesondere Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kulturgüter, Giftstoffe, umweltbelastende Stoffe sowie Alkohol- und Tabakerzeugnisse) besteht abgesehen von dem Rauschgiftschmuggel (vgl. hierzu Artikel 5) ebenfalls ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist für diesen Bereich auch unter Berücksichtigung der Artikel 18 Abs. 3 und 31 Abs. 2 des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (BGBl. 1992 II S. 462) vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsparteien bezüglich solcher Zuwiderhandlungen auch unaufgefordert alle zur Verfügung stehenden Informationen (Spontaninformationen) erteilen, die für die Zollverwaltung der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von Interesse sein könnten. Da die geschmuggelten Waren, an deren Bekämpfung ein besonders starkes allgemeines Interesse besteht, variieren, ist der Warenkatalog nicht im Vertrag selbst definiert. Er soll vielmehr in den im gegenseitigen Einvernehmen nach Artikel 16 zu erlassenden Durchführungsbestimmungen festgelegt werden, um flexibel auf die veränderten Umstände beim Warenschmuggel reagieren zu können.

Zu Artikel 7

Die in diesem Artikel getroffenen Regelungen eröffnen eine einfache und schnelle Möglichkeit der Bekanntgabe oder Zustellung von Bescheiden und Entscheidungen der Zollverwaltungen durch Anwendung des unmittelbaren Geschäftswegs zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien.

Zu Artikel 8

Artikel 8 bestimmt, daß die Zollverwaltung einer Vertragspartei auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Zusammenhang mit der Sicherstellung der zutreffenden Festsetzung von Abgaben (vgl. Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b) und der Zuwiderhandlung gegen die Zollbestimmungen (vgl. Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe c) Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durchführt und das Ergebnis nach Maßgabe des Artikels 6 Abs. 1 der ersuchenden Zollverwaltung mitteilt.

Zu Artikel 9

Ersuchen nach diesem Vertrag sind – wie in Absatz 1 ausgeführt – schriftlich unter Beifügung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Schriftstücke zu stellen. Damit sich die ersuchte Zollverwaltung vergewissern kann, ob ein Ersuchen in den Anwendungsbereich des Vertrags fällt und im Rahmen welcher nationalen Rechtsvorschriften die Unterstützungsmaßnahmen zu führen sind, ist in Absatz 2 geregelt, welche Angaben ein Ersuchen grundsätzlich zu enthalten hat.

Zu Artikel 10

Hier sind Geschäftsweg und Zuständigkeit geregelt. Der Schriftverkehr findet danach unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen statt. Die Übermittlung von Ersuchen und die Übersendung von Erledigungsstücken auf dem diplomatischen Weg werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Zu Artikel 11

Nach den Bestimmungen des Absatzes 1 ist bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen das Recht der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Damit werden insbesondere auch die Bestimmungen über das Steuergeheimnis, das Amtsgeheimnis und die Geheimhaltung nach dem Bundesstatistikgesetz, abgesehen von Artikel 5 Abs. 3, für anwendbar erklärt. Es wird klargestellt, daß zur Erledigung von Ersuchen es auch zulässig ist, Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen an die ersuchende Zollverwaltung herauszugeben. Die ersuchte Zollverwaltung hat alle zur

Durchführung der Ersuchen erforderlichen behördlichen Maßnahmen herbeizuführen. Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen sind jedoch nicht anwendbar.

Absatz 2 sieht vor, daß im Falle der Verweigerung der Unterstützung wegen bestimmter Hinderungsgründe etwaige für das Verfahren der ersuchenden Zollverwaltung förderliche Erkenntnisse, die nicht aus den in Artikel 14 Abs. 1 genannten Gründen zurückgehalten werden müssen, mitzuteilen sind.

Zu Artikel 12

Hier wird klargestellt, daß die aufgrund dieses Vertrags erhaltenen Auskünfte und Unterlagen als Beweismittel verwertet werden dürfen. Ihr Beweiswert und ihre Verwendung vor Gericht (zum Beispiel Verlesbarkeit in der Hauptverhandlung) richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält umfassende Bestimmungen zum Schutz von personenbezogenen Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden. Die Bestimmungen gewährleisten insgesamt ein hohes Schutzniveau.

Zu Artikel 14

Absatz 1 bestimmt, aus welchen Gründen und unter welchen Voraussetzungen eine Unterstützung ganz oder teilweise versagt oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden kann.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit einer Unterstützung auch für die Fälle vor, bei denen es an der Gegenseitigkeit mangelt.

Zu Artikel 15

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird weitgehend auf Kostenerstattung zwischen den Vertragsparteien verzichtet. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Zu Artikel 16

Satz 1 ermächtigt die Zollverwaltungen der Vertragsparteien, zur Anwendung des Vertrags nach vorheriger gegenseitiger Abstimmung Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Gemäß Satz 2 wird in den Durchführungsbestimmungen einvernehmlich festgelegt, an welchen Auskünften ein so starkes Interesse besteht, daß vorhandene Informationen über Zollzuwiderhandlungen im anderen Staat entsprechend Artikel 6 Abs. 2 auch unaufgefordert zu erteilen sind.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel enthält die üblichen Schlußbestimmungen über Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung des Vertrags.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527418 11.95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333